

# grünpol

Nr. 39 | Februar 2012

## Ja zu familienergänzender Kinderbetreuung im Frühbereich



Die Grünen Baselland unterstützen die Abstimmungsvorlage für die familienergänzende Kinderbetreuung im Frühbereich.

Am 11. März 2012 entscheidet das Baselbieter Stimmvolk an der Urne über das Schicksal der familienergänzenden Kinderbetreuung im Frühbereich.

Die Vorteile der Gesetzesvorlage: Sie trägt dazu bei, moderne Familienstrukturen mit dem konventionellen Berufsalltag besser zu verbinden. Eltern erhalten die Möglichkeit, ihr Kind ab dem dritten Monat in einer Krippe oder Tagesfamilienstruktur betreuen zu lassen. Diese zeitliche Einschränkung fordert und fördert die gesetzliche Einhaltung des Mutterschaftsurlaubs. Konstante Fremdbetreuung kann die Sozialisa-

tion und Integration gewisser Kinder erleichtern und verbessern. Optimale Betreuung der Kinder kann effizientere und ausgewogenere Leistungen der Eltern am Arbeitsplatz bewirken. Diese strukturellen Ergänzungen lösen grössere Zufriedenheit bei Eltern, höhere Steuereinnahmen und eine Attraktivitätssteigerung der Wohnqualität einer Gemeinde (Standortvorteil) aus.

Die Rechte und Pflichten der Gesetzesvorlage: Die Kostenbeteiligung des Kantons beträgt 30%. Durch die Subjektfinanzierung im Frühbereich verpflichtet sich die Gemeinde, den Eltern pro Kind eine anteilmässige

Subvention zu entrichten. Die Beitragsunter- und -obergrenzen sind nach massgebendem Einkommen kantonal geregelt.

Die Grünen befürworten das Gesetz in der vorliegenden Form als Kompromiss. Gerne hätten sie es in einigen Punkten konkreter formuliert, wie z.B. höhere «Grenzwerte» für die Subvention, finanzielle Unterstützung von Schaffung an Betreuungsplätzen (Anschubsfinanzierung) mit höherer Beteiligung durch den Kanton.

Regina Werthmüller-Tschopp,  
Landrätin Sissach



Lotti Stokar, Landrätin Oberwil

## Budget 2012

Die Budgetdebatte im Landrat war aus zwei Gründen speziell: Zum einen sind die Grünen seit drei Jahren zum ersten Mal auf das Budget eingetreten. Zum anderen enthält das Entlastungspaket 12/15 Massnahmen, die in unterschiedlicher Kompetenz liegen und daher nicht zeitgleich beschlossen werden können: Jene der Regierung im Dezember 2011, respektive des Landrats im März 2012 und Massnahmen (Initiativen), über die eine Volksabstimmung durchgeführt werden muss, voraussichtlich im Juni 2012.

Die Grünen setzten sich im Landrat und mit Initiativen (siehe letzten Grünpol und beiliegende ÖV-Initiative) u.a. ein für drei Schwerpunkte:

**Bildung:** Die KVS erhalten. Obwohl das Volk entscheiden wird (Initiative), stimmte der Landrat zu. Auch die Beiträge für den Vorkurs Gestaltung und Kunst und die Fachklasse für Grafik sind gesichert.

**Verkehr:** Knapp lehnte der Landrat unseren Antrag ab, beim Strassenunterhalt 1 Million Franken einzusparen.

**Umwelt / Natur:** Wir wehrten uns erfolgreich gegen einen Abbau von Beiträgen für den Verein Wanderwege. Beim Naturschutz konnten wir die Sparmassnahmen leider nicht verhindern.

Zum Schluss bleibt das schale Gefühl, dass Vieles, was langfristig wertvoll ist, dem Spardruck weichen muss. Grundlegende Veränderungen struktureller Art oder eine Optimierung durch verbesserte Zusammenarbeit mit Nachbarkantonen sind hingegen nicht in Sicht.

## Stimmfreigabe zum Spitalgesetz

Durch das neue KVG müssen die Kantone alle Spitäler auf ihrer Spitalliste gleich behandeln.

Sie bezahlen 55% der Behandlungskosten auf Fallkostenpauschalen-Basis. So haben in den vergangenen zwei Jahren praktisch alle Kantone ihre Spitäler verselbständigt, um sie auf dem Gesundheitsmarkt nicht durch komplizierte Entscheidungswege zu benachteiligen. Das neue Baselbieter Spitalgesetz sieht die Überführung der Spitäler in eine öffentlich-rechtliche Anstalt vor, wie dies etwa die Basellandschaftliche Gebäudeversicherung ist. Der Kanton behält damit Mitsprachemöglichkeiten. Mit den Mitarbeitenden wird ein GAV ausgearbeitet. Bis dieser in Kraft tritt, bleiben die heutigen Anstellungsbedingungen.

Das Spitalgesetz nimmt die Forderung der Grünen auf, bestimmte Spitalstandorte zu hinterfragen: So soll eine Organisation «Kantonsspital

Baselland» entstehen, die Synergien zwischen den drei Standorten schafft.

Die Vorlage hat diverse Mängel: So sitzt ein Regierungsrat im Verwaltungsrat der neuen Spitäler und kann als Vertretung der Leistungserbringer kein kritischer Auftraggeber mehr sein. Auch sind die finanziellen Überführungsbedingungen unbefriedigend.

Die Grünen haben im Landrat der Vorlage freudlos zugestimmt, um für die Spitäler eine verlässliche Basis zu schaffen. Es ist fraglich, ob die Gesundheitsdirektion in einer sinnvollen Zeit eine tragfähigere, neue Gesetzesvorlage erarbeiten kann. Für die Mitglieder der Grünen überwogen an der Versammlung vom 24. Januar weder die Vor- noch die Nachteile: Sie wählten darum den Weg der Stimmfreigabe.

Marie-Theres Beeler, Landrätin Liestal

## Ja zur Buchpreisbindung

Bei der Buchpreisbindung geht es darum, ob der Buchhandel dem freien Markt überlassen wird (wie in den letzten Jahren).

Oder ob die Vielfalt an Büchern, Verlagen, AutorInnen und Buchhandlungen als wichtiges Kulturgut in einem vielsprachigen Land durch eine Regulierung der Bücherpreise geschützt wird. Die Grünen sagen klar ja: Der zukünftige Büchermarkt

soll nicht durch wenige Bestseller zu Dumpingpreisen in ein paar Grossgeschäften abgehandelt werden, sondern ein Wettbewerb um Inhalte und Qualität sein, zu gleich günstigen Preisen überall in den noch rund 500 Buchhandlungen der Schweiz.

Maya Graf, Nationalrätin Sissach

## Ja zur Zweitwohnungsbegrenzung

Wer kennt sie nicht, die Geisterstädte in unseren Tourismusregionen, bestehend aus Zweitwohnungen, die nur wenige Wochen im Jahr belegt sind; Resultat des anhaltenden Booms zur eigenen Ferienwohnung. Ein Boom, der zu einem enormen Landschaftsverschleiss und im-

mensen Infrastrukturkosten für die Gemeinden führt – ausgelegt auf die Belegungsspitzen – und zu Immobilienpreisen in schwindelerregenden Höhen, die den Einheimischen den Erwerb von Wohneigentum allzu oft verunmöglichen. Diesen Boom will die

Volksinitiative «Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen!» in geordnete Bahnen lenken: Der Anteil der Zweitwohnungen soll in

## Ja zur Regelung der Geldspiele

Vor zwei Jahren eingereichte Lotterien-Initiative verlangt, dass die Gewinne von Lotterien und gewerbsmässigen Wetten vollumfänglich zu gemeinnützigen Zwecken in Kultur, Sozialem und Sport verwendet werden. Die Erträge der Spielbanken sollten zudem stärker als bisher zur Finanzierung von AHV und IV beitragen. Obwohl die Stossrichtung der Initiative unbestritten war, hat sie in

## Nein zur Bauspar-Initiative

Die eidg. Bauspar-Initiative ist eine Baselbieter Idee der Wirtschaftskammer um Hans Rudolf Gysin, damit sie ihr Bausparmodell retten kann, das wegen der schweiz. Steuerharmonisierung seit 2004 illegal ist.

Der Bundesrat, der Ständerat und die meisten Kantone lehnen die Bauspar-Initiative ab. Aus Sicht der Grünen ist sie abzulehnen, weil

- nicht zielführend: Förderung von Wohneigentum mittels Bausparen in BL in den letzten 20 Jahren konnte nicht nachgewiesen werden (BL 37 auf 41%, gesamtschweizerisch von 31 auf 35%).

## Ja zu «6 Wochen Ferien für alle»

Fünf Ferienwochen für alle ab nächstem Jahr und dann jährlich einen Tag mehr bis 2018. Das wird durch die Annahme der Initiative in der Bundesverfassung verankert.

Der Druck auf die Arbeitnehmenden hat in den vergangenen Jahrzehnten stark zugenommen, was das Staatssekretariat für Wirtschaft bereits vor zehn Jahren in einer Studie nachweisen konnte: 33% litten unter Stress, 20% der beschäftigten Männer bezog vor

allen Gemeinden auf maximal 20% beschränkt werden.

Urs Leugger-Eggimann, Landrat Arlesheim

der konkreten Ausgestaltung einige Mängel, z.B. Kompetenzfragen waren ungenügend geregelt. Deshalb arbeiteten alle Beteiligten einen Gegenvorschlag aus, der diese Mängel beseitigt. Daraufhin zogen die Initianten ihre Initiative zurück, zur Abstimmung kommt der breit abgestützte Gegenvorschlag.

Klaus Kirchmayr, Landrat Aesch

- steuerpolitisch falsch: es profitieren nicht untere Mittelstandsfamilien, sondern obere Mittelstandsfamilien.
- finanzpolitisch falsch: Kanton und Gemeinden brauchen diese fehlenden Steuereinnahmen (in BL ca. sieben Mio Franken) dringend für öff. Aufgaben wie z.B. Bildung.
- gesellschaftspolitisch falsch: Wohneigentum soll gefördert werden, aber nicht das Einfamilienhaus im Grünen, sondern der genossenschaftliche Wohnungsbau.

Maya Graf, Nationalrätin Sissach

der Pensionierung eine IV-Rente und die Hälfte der vorzeitigen Pensionierungen erfolgte aus gesundheitlichen Gründen. Die Arbeitsleistung stieg ab 1992 um 21% in fünfzehn Jahren.

Mehr Ferien für alle bedeutet zudem steigenden Bedarf an Arbeitskräften, was für einzelne Arbeitssuchende die Chancen auf eine Anstellung erhöht.

Stephan Grossenbacher, Landrat Niederdorf

## Regierungsratskommentar



Isaac Reber, Regierungsrat und Vorsteher der Sicherheitsdirektion

## Meilenstein für eine vorbildliche Familienpolitik

Gemäss Familienbericht BL 2010 könnten allein in unserem Kanton 1400 teils gut gebildete Arbeitskräfte mehr zur Verfügung stehen, wenn die Familienergänzende Kinderbetreuung (FEB) optimiert würde. Eine Optimierung hätte einen positiven Impuls auf die Volkswirtschaft. Der Familienbericht kommt zum Ergebnis, dass im Kanton Mangel an Betreuungsplätzen besteht, insbesondere für die einkommensschwächeren Familien. Am 11. März stimmen wir über das Gesetz zur FEB ab. Die Vorlage erlaubt eine kostengünstige und bedarfsgerechte, professionelle Kleinkindbetreuung:

- die Umstellung auf Betreuungsgutscheine. Die Eltern können die Betreuung auswählen, die ihnen gefällt und der Markt kann sich der Nachfrage entsprechend weiterentwickeln.
- Mit der kantonalen Vereinheitlichung der Tarifberechnung wird sichergestellt, dass Eltern vergleichbare Zahlen zu den zukünftigen Kosten und Angeboten erhalten.
- Mindesttarife stellen einen Mindeststandard sicher. Die Gemeinden können den Tarif innerhalb des kantonalen Rahmens selbstständig gestalten und bestimmen so mit, in welchem Umfang sie FEB unterstützen wollen.

Die Regierung befürwortet die FEB, stellt sich jedoch gegen die vom Parlament beschlossene Kostenbeteiligung des Kantons im Umfang von 30%. Der Landrat stimmte dem Gesetz mit klarer Mehrheit zu.

## Ankündigung: Rücktritt des Parteipräsidenten Philipp Schoch

An der Vorstandssitzung vom 3. Januar kündigte der Parteipräsident der Grünen Baselland, Philipp Schoch, seinen Rücktritt per Mitgliederversammlung vom 24. April 2012 an. Die Grünen werden Philipp Schoch bei dieser Gelegenheit als Präsidenten verabschieden und freuen sich, dass er als Landrat die Geschicke der Partei weiterhin mitgestalten wird.

Der Vorstand setzte eine Findungskommission unter der Leitung von Sarah Martin ein. Diese nimmt Nominierungen von Ortssektionen und/oder Bewerbungen von Parteimitgliedern bis am 27. Februar entgegen. Die Findungskommission wird der Mitgliederversammlung auf Grundlage des Anforderungsprofils einen Vorschlag zur Besetzung des Präsidiums machen.

**Kontakt für Fragen und**

**Bewerbungen: [info@gruene-bl.ch](mailto:info@gruene-bl.ch)**

## Rück- und Ausblick zum Jahreswechsel

Im Jahr 2011 schlugen die Grünen Baselland ein neues Kapitel in ihrer Parteigeschichte auf. Zum ersten Mal im 30-jährigen Bestehen der Grünen im Baselbiet stellen wir mit Isaac Reber einen Regierungsrat. Im Parlament sind wir erstmals mit 12 Mitgliedern vertreten. Nationalrätin Maya Graf wurde sehr erfolgreich bestätigt und ebenso glanzvoll zur Ersten Vizepräsidentin des Nationalrats gewählt. In der Wintersession 2012 steht dann die Wahl zur Nationalratspräsidentin an. Vielversprechend ins neue Jahr starten die Grünen auch auf lokaler Ebene, denn am 11. März stehen Erneuerungswahlen an. In den Ortssektionen kandidieren zusammen mit den lokalen Partnern 16 Frauen und Männer für den Gemeinde- / Stadtrat:

**Arlesheim, Frischluft:** Kalle Zeller, (bisher / Präsidium) und Daniel Wyss

(bisher) sowie Ursula Laager

**Binningen:** Mirjam Schmidli

**Birsfelden:** Jürg Wiedemann

**Liestal:** Lukas Ott (bisher / zusätzliche Kandidatur für das Präsidium)

**Münchenstein:** Hanspeter Gugger

**Muttenz:** Joachim Hausammann

**Oberwil, NLO:** Lotti Stokar (bisher / Präsidium) und Christian Pestalozzi (bisher)

**Pratteln, Unabhängige:** Stephan Ackermann

**Reinach:** Désirée Lang Wenger

**Sissach, Stechpalme:** Peter Buser-Passingham (bisher) und Martin Hauswirth-Sutter (bisher) sowie Andreas Lutz-Roffler

**Ziefen:** Jonas Rosenmund  
Für die Gemeindekommission / den Einwohnerrat kandidieren 180 Frauen und Männer in den Gemeinden Allschwil, Arlesheim, Binningen, Birsfelden, Liestal, Münchenstein, Muttenz, Oberwil, Pratteln, Reinach und Sissach.

Für das Bezirksgericht Liestal kandidiert Marlies Hartmann (Nachfolge von Peter Affolter).

*Björn Schaub, Geschäftsleiter*

## ÖV im Baselbiet erhalten

Im Rahmen des Entlastungspakets 12/15 kündigte die Regierung auf den Fahrplanwechsel 2012 bei diversen ÖV-Linien im Kanton eine Kürzung um 33% an.

Gemeinsam mit Engagierten aus dem ganzen Kanton fordern die Grünen Region Gelterkinden in einer nichtformulierten Initiative den Verzicht des ÖV-Abbaus im Baselbiet. Die Unterschriftenkarte liegt dem Grünpol bei (bitte bis spätestens am 16. März 2012 zurückschicken).

Weitere Informationen und Unterschriftenkarten zum download gibt es auf: [www.oev-baselbiet.ch](http://www.oev-baselbiet.ch) oder [www.gruene-bl.ch](http://www.gruene-bl.ch)

## Abstimmungsparolen 11. März 2012

### Kantonale Vorlagen

**STIMMFREIGABE** Revision des Spitalgesetzes: Verselbständigung der Spitäler und der Kantonalen Psychiatrischen Dienste als öffentlich-rechtliche Anstalten.

**JA** Gesetz über die familienergänzende Kinderbetreuung im Frühbereich.

### Eidgenössische Vorlagen

**JA** Volksinitiative «Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen!».

**NEIN** Volksinitiative «Für ein steuerlich begünstigtes Bausparen zum Erwerb von selbst genutztem Wohneigentum und zur Finanzierung von baulichen Energiespar- und Umweltschutzmassnahmen (Bauspar-Initiative)».

**JA** Volksinitiative «6 Wochen Ferien für alle».

**JA** Bundesbeschluss über die Regelung der Geldspiele zugunsten gemeinnütziger Zwecke (Gegentwurf zur Volksinitiative «Für Geldspiele im Dienste des Gemeinwohls»).

**JA** Bundesgesetz über die Buchpreisbindung.

## Agenda

28.02.2012

«Alts Schlachthaus» Laufen, 20 Uhr  
«Die globalisierte Landwirtschaft - Welche Zukunft bringt sie uns?»  
Vortrag und Diskussion mit der Schriftstellerin & Dokumentarfilmerin Silvia Perez-Vitoria.

21.04.2012

Delegiertenversammlung GPS, Genf

24.04.2012

Mitgliederversammlung Grüne BL, Oberwil

Aktuelle Agendatipps immer auf [www.gruene-bl.ch](http://www.gruene-bl.ch)

### IMPRESSUM

Herausgeber: Grüne BL, Güterstrasse 83  
4053 Basel

Redaktion: [info@gruene-bl.ch](mailto:info@gruene-bl.ch)

Auflage: 1500 Ex.

gedruckt auf Cyclus Offset, 100% Recycling

Werden Sie Mitglied ([www.gruene-bl.ch](http://www.gruene-bl.ch)) oder unterstützen Sie die Grünen BL mit einer Spende (PC-Konto 40-7608-1). Merci.